Infoservice

# Sabines Woche

Sabine Bätzing-Lichtenthäler:
Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

## Hallo Wahlkreis !

Liebe Genossinnen und Genossen,
bei den Aktionen der Bundesregierungen hatte ich es schon länger im Verdacht, aber jetzt wird es durch meinen Terminkalender bestätigt: Der Karneval hat begonnen! Am 2. November starte ich in die Session…. Kostüm ist parat, Textsicherheit ist vorhanden…. Jetzt kann‘s losgehen: Alaaf!
Aber neben Karneval gibt’s natürlich auch noch ernsthafte Themen (oh sorry, Karneval ist ja eine ganz ernste Angelegenheit!): Beispielsweise die unsägliche Debatte um die Nebeneinkünfte von Peer Steinbrück! ER hat sein Wort gehalten und ALLES veröffentlicht, restlos alles! Und nur nochmal zu Klarstellung: er hat sich immer ans Gesetz gehalten, die jetzige Transparenz ist absolut freiwillig! Tja, Union und FDP könnten jetzt nachlegen und endlich ein richtiges Transparenzgesetz beschließen - aber da ziehen sie wieder mal zurück und präsentieren erneut einen faulen Kompromiss. Konnte man was anderes erwarten? Leider nein. Herzlichst

*eure Sabine*


## Berlin

**Paul-Löbe-Haus**
Platz der Republik
11011 Berlin

Telefon: (0 30) 22 77 74 32
Fax: (0 30) 22 77 64 44
**sabine.baetzing-lichtenthaeler@bundestag.de**

## Wahlkreis

**Betzdorf**
Bahnhofstraße 19
57518 Betzdorf

Telefon: (0 27 41) 2 54 54
Fax: (0 27 41) 2 74 61
**sabine.baetzing-lichtenthaeler@wk2.bundestag.de**

**Puderbach**
Mittelstraße 17
56305 Puderbach

Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60
Fax: (0 26 84) 9 57 10 61
**sabine.baetzing-lichtenthaeler@wk.bundestag.de**


## Topthema

**Bald ein ausgeglichener Haushalt – Alles nur Gerede!**

Das aktuelle Koalitionsgerede über einen bald zu erreichenden „ausgeglichenen Haushalt“ ist ohne reale Grundlage. Es wird weder 2012, noch 2013, noch 2014 einen ausgeglichenen Bundeshaushalt geben.
Der Bund wird auch in den kommenden Jahren Kredite aufnehmen und sich neu verschulden. Die offizielle Steuerschätzung diese Woche wird gegenüber den bisherigen Schätzungen keine nennenswerten Mehreinnahmen für die folgenden Jahre erbringen.
Es wird weder neue Spielräume für neue Staatsausgaben oder für weitere Steuerentlastungen geben, noch wird sich mit den Ergebnissen der Steuerschätzung die Kreditaufnahme des Bundes (oder der Länder) auf Null herunterfahren lassen. Es ist grotesk, wenn Schwarz-Gelb auf dem anstehenden Koalitionsgipfel einerseits über die Rückführung der öffentlichen Kreditaufnahme bis hin zum ausgeglichenen Haushalt und andererseits über weitere milliardenschwere Haushaltsbelastungen wie das Betreuungsgeld, die Reduktion des Solidaritätszuschlages, die Kosten eines Rentenkompromisses spricht. Bei Schwarz-Gelb passt nichts mehr zusammen. Widersprüche werden gar nicht mehr versteckt. Der Bundesfinanzminister, der es besser weiß, spricht deshalb auch nicht vom ausgeglichenen Bundeshaushalt, sondern vom Abbau des strukturellen Defizits bis auf Null. Das ist etwas ganz anderes als eine Nettokreditaufnahme von Null. Aber wer kann das schon auseinanderhalten. Eines eint aber Rösler und Schäuble: Beide wollen die amtierende schwarz-gelbe Regierungskoalition als eine Koalition der harten Haushaltskonsolidierer inszenieren. Das ist dreist angesichts der teuren Klientelgeschenke wie der „Hotelierssteuer“, angesichts von Unsinnsausgaben wie dem Betreuungsgeld und angesichts zahlreicher unfinanzierter Wünsche von FDP, aber auch von CDU/CSU. Auf das Gerede vom „ausgeglichenen Haushalt“ unter Schwarz-Gelb werden die Menschen aber nicht hereinfallen. Ein ausgeglichener Haushalt würde zu aller erst verlangen, auf dem anstehenden Koalitionsgipfel auf das Betreuungsgeld und das Gesetz zum Abbau der kalten Progression zu verzichten.

## International

**Parlamentswahlen – Wohin geht die Ukraine!**

Der Ausgang der ukrainischen Parlamentswahlen hat keine wirklichen Überraschungen hervorgebracht. Dank des Einsatzes sogenannter administrativer Ressourcen ist es der Partei der Regionen von Wiktor Janukowitsch gelungen, wieder eine stabile Parlamentsmehrheit zu erlangen.
Dabei kann er voraussichtlich auch auf die Unterstützung „unabhängiger“ Kandidaten zählen. Janukowitsch hat damit aber auch die Verantwortung, sein Land aus der quälenden Agonie herauszuführen. Nun liegt es an ihm, seinen Worten Taten folgen zu lassen und die Ukraine näher an die EU heranzuführen. Kiew muss sich entscheiden, wo es seine Zukunft sieht und sollte den Versuch, Brüssel und Moskau gegeneinander auszuspielen, unterlassen.
Die Ukraine muss endlich ihre Hausaufgaben erledigen und die Reformen im Bereich des Justizwesens voranbringen und sich an rechtsstaatliche Prinzipien im Umgang mit der Opposition halten. Die EU sollte das ausgehandelte Assoziierungsabkommen unterzeichnen und damit ein klares Signal in Richtung Kiew senden, dass die Zukunft der Ukraine in Europa liegt. Die Geschwindigkeit des anschließenden Ratifizierungsprozesses wird sicher auch vom Fortgang der innerukrainischen Reformen bestimmt werden. Insofern haben es beide Seiten in der Hand, den Prozess der Annäherung an die EU zu beschleunigen beziehungsweise zu verlangsamen.
Die Opposition in der Ukraine hat einen Achtungserfolg errungen. Trotz schwieriger Rahmenbedingungen ist es ihr gelungen, ein respektables Ergebnis zu erzielen. Allerdings gibt das relativ gute Abschneiden der nationalistischen Kräfte von „Swoboda“ („Freiheit“) auch zu denken. Es zeigt, wie tief die Frustration vieler Bürgerinnen und Bürger über das gegenwärtige politische System und ihre Akteure sitzt, wenn sie solchen rückwärtsgewandten politischen Kräften ihre Stimme geben.
Dies sollte von der politischen Elite in Kiew als Warnsignal verstanden werden.

## Tierschutz

**Änderung des Tierschutzgesetzes – Arme Tiere!**

Die schwarz-gelbe Regierungskoalition streicht nun sogar die wenigen Punkte aus dem Tierschutzgesetz, die noch ansatzweise einen besseren Schutz der Tiere versprachen und führt damit die Novellierung des Tierschutzgesetzes ins Lächerliche. Bereits im Vorfeld der kommenden Ausschussberatungen wird somit klar, dass Union und FDP aller Voraussicht nach gegen EU-Recht verstößt.

Denn trotz der klaren Vorgaben aus Brüssel soll sowohl der Schenkelbrand bei Pferden weiterhin erlaubt, als auch die betäubungslose Kastration von Ferkeln erst ab 2018 verboten werden.

Auch die zuständige Bundesministerin Ilse Aigner verweigert ihre Arbeit, das Gesetz noch zu retten. Sämtliche Verbesserungsvorschläge aus der Fachwelt, von den Verbrauchern und den Tierschützern wurden komplett ignoriert. Die vergangenen Wochen der politischen Auseinandersetzung zum Tierschutzgesetz gerieten so zur peinlichen Farce.

Sogar mithilfe eines Kosmetik- und Beauty-Experten suchte Schwarz-Gelb händeringend nach Gründen, das ursprünglich geplante Verbot beim Schenkelbrand bei Pferden zu verschleppen – obwohl es bis heute keine plausiblen Erklärungen gibt, warum Pferden mit 800 Grad heißen Brandeisen Verbrennungen dritten Grades zugefügt werden müssen.

Auch die betäubungslose Kastration von Ferkeln wird nun auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben – obwohl es längst praxistaugliche Alternativmethoden gibt. Von den großen schwarz-gelben Ankündigungen über das neue Tierschutzgesetz bleibt letztlich nichts mehr übrig für den Schutz der Tiere. Es wird Zeit, dass die Wähler Konsequenzen ziehen.

## Familie

**Kita-Gruppen - Die Größe nicht antasten!**

Der Gemeinde- und Städtebund hat vorgeschlagen, die Kita-Gruppen vorübergehend zu vergrößern, um den Rechtsanspruch zu verwirklichen. Frühkindliche Bildung und bestmögliche Förderung von Kindern gelingt jedoch nur, wenn hohe qualitative Maßstäbe in Kindertageseinrichtungen gelten. Deshalb bemühen sich Bund, Länder und Kommunen seit Jahren gemeinsam, die Qualität in Kitas kontinuierlich zu verbessern. An diesem Ziel darf nicht gerüttelt werden. Wir haben in unserem Aktionsplan zur Beschleunigung des Kita-Ausbaus konkrete Vorschläge gemacht, ohne die erforderliche Qualität in Frage zu stellen.

Beispielsweise schlagen wir regionale Krippengipfel vor, damit sich Länder, Kommunen, Träger und Eltern auf gezielte Maßnahmen zum Krippenausbau verständigen. Auch der Ausbau betrieblicher Angebote ist ein wichtiger Schritt, um 2013 den Rechtsanspruch zu schaffen. Daher müssen Unternehmen stärker motiviert und unterstützt werden, um Belegplätze in Kitas für die Kinder ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bereitzustellen oder eigene betriebliche Betreuungsangebote zu gründen. Es muss darum gehen, bestehende Potenziale beim Kita-Ausbau auszuschöpfen, nicht aber die Qualität in Einrichtungen abzusenken. Lösungen auf Kosten der Kinder und der Erzieherinnen und Erzieher lehnen wir ab.

## Bonbon

**„Die schwarz-gelbe Regelung ist nicht wirklich transparent, sondern eher ein durchsichtiges Rückzugsmanöver."**

**(Katrin Göring-Eckhardt, Grüne)**

## Gesundheit

**Pflegebedürftige im Ausland versorgen – Absurde Idee!**

Die schwarz-gelbe Regierung sollte anstatt den absurden Vorschlag zu verbreiten, Pflegebedürftige im Ausland versorgen zu wollen, endlich ein Konzept vorlegen, dass die Situation für Pflegebedürfte in Deutschland verbessert. Dazu gehört die Reform des Pflegebedürftigkeitsbegriffs sowie Investitionen in Pflegeberatung und Pflege-infrastruktur. Es mutet zynisch an, wenn der Pflegeexperte der Union stattdessen die Forderung erhebt, Pflegebedürftige aus der Mitte unserer Gesellschaft ins Ausland „abschieben" zu wollen.

Eine überwiegende Zahl der Pflegebedürftigen möchte in der eigenen Häuslichkeit alt werden. Der Ausbau ambulanter Strukturen muss deswegen höchste Priorität haben. Ein „Outsourcing" von Pflegebedürftigen, so wie es Zylajew vorschlägt, ist einfach nur menschenverachtend.

## Inneres

**Integrationskurse – Lehrkräfte anständig bezahlen!**

Innenminister Hans-Peter Friedrich muss Lehrkräfte für Integrationskurse endlich angemessen entlohnen. Unsere Bundestagsfraktion schlägt daher vor, die Mindestvergütung ab dem Jahr 2013 auf 26 Euro zu erhöhen. Dafür muss die Bundesregierung endlich mehr Geld in die Hand nehmen. Wir haben dazu einen Vorschlag gemacht, den die Regierung ablehnt. Die Ablehnung unseres Vorschlags ist ein kräftiger Schlag ins Gesicht der prekär beschäftigten Fachkräfte.

Bundesinnenminister Friedrich muss endlich aufwachen und handeln. Die Anhebung auf 26 Euro wäre ein erster wichtiger Schritt. Wir setzen uns für die stufenweise Erhöhung der Vergütungsuntergrenze ein. Deshalb fordern wir die Erhöhung um 51 Millionen Euro im Haushalt des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge.

Lehrkräfte für Integrationskurse leisten eine wichtige Arbeit und sind die Visitenkarte unseres Landes. Noch ist ihre Vergütung keine angemessene materielle Anerkennung ihrer Arbeit und Qualifikation. Oftmals reicht das Honorar nicht für ihre soziale Absicherung aus. Das muss sich ändern. Diese Fachkräfte müssen von ihrer Arbeit gut leben können. Zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Lehrkräften in Integrationskursen, hat unsere Bundesfraktion hat ein Konzept vorgelegt.

Neben der Vergütungshöhe, werden darin Vorschläge zur sozialen Absicherung und zur Erhöhung der Quote festangestellter Lehrerinnen und Lehrer gemacht. Gerne schmückt sich die schwarz-gelbe Bundesregierung mit dem Erfolg dieser Kurse. Zum Nulltarif ist gelungene Integration aber nicht zu haben.

## In eigener Sache

**„Sabine trifft…!" Dr. Salvatore Barbaro!**

Merkt euch schon mal einen Termin vor. Am Montag, den 12. November 2012, um 19.00 Uhr ist der Staatssekretär im Finanzministerium Rheinland-Pfalz zum Thema „Sind die Länder und unsere Kommunen die Zahlmeister der Eurokrise?" im Deichwiesenhof in Bonefeld zu Gast. Ihr seid herzlich eingeladen. Der Eintritt ist frei. Eine Anmeldung ist nicht erforderlich

## Termine

| | | |
|---|---|---|
| **02.11.12** | **19.11 Uhr** | **Mädchensitzung Windhagen** |
| **04.11.12** | **10.00 Uhr** | **Festgottesdienst Wissen** |
| | **13.00 Uhr** | **Bürgerfest der SPD NR-Block** |
| | **15.00 Uhr** | **Herbstfest DRK AK, Betzdorf** |
| | **17.00 Uhr** | **Herbstkonzert MGV Horhausen** |
| **05.11.12 – 09.11.12** | | **Sitzungswoche Berlin** |